

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe.

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6000-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: M. 27.—, in den Ausgabezeiten: M. 30.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 40.— monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabezeiten, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Träger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Bezugspreise: Einzelne Ausgaben M. 7.—, Finanz- und Publikations-Anzeigen M. 10.—, ausserhalbige Anzeigen M. 10.—, druckbare Anzeigen M. 20.—, druckbare Anzeigen M. 20.— für die einmalige Aufnahme oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entsprechender Nachsch. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Stillerstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Donnerstag, 24. August 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 393. • 70. Jahrgang.

Bayern und das Reich.

Frieden oder Waffenstillstand?

Das amtliche Kommuniqué über die Verhandlungen mit Bayern ist erschienen. Ferner hat der bayerische Gesandte in Berlin Herr v. Preger dem Reichsfunkler erklärt, daß die bayerische Regierung und die bayerischen Koalitionsparteien sich mit den Ergebnissen der letzten Berliner Rücksprache zufrieden erklärt haben und daß demgemäß die Aufhebung der bayerischen Verordnung unmittelbar bevorstehe. Das klingt überaus friedlich, man wird das Mißtrauen nicht los, daß hier kein Frieden geschlossen worden ist, sondern daß nur mit Rücksicht auf die harten außenpolitischen Sorgen des Reiches eine Art Vertagung des Streits, also nur ein Waffenstillstand zustande gekommen ist. Zwar darf man überzeugt sein, daß die leitenden Persönlichkeiten haben und drüben nach wie vor von dem ernststen Willen beseelt sind, die leidige Streitart zu begraben und Frieden zu machen. Graf Lerchenfeld hat mit dem ganzen Gewicht seiner politischen Autorität von Anfang an auf die ihm nahe liegenden bayerischen Koalitionsparteien in verständlichem Sinne einzuwirken versucht, und es war sicherlich nicht seine Schuld, wenn er hierbei nur so langsam und unvollkommen zu einem Erfolge gelangte. Auf der anderen Seite darf man überzeugt sein, daß der Reichsregierung dieser innerdeutsche Konflikt im jetzigen Augenblick bitterernster außenpolitischer Entscheidungen so unerwünscht wie möglich war. Sie ist zweifellos in ihrem Entgegenkommen gegen die Münchener Bayern so weit gegangen, wie es nur irgend möglich war, ohne die Reichseinheit zu gefährden. Nicht nur auf der linken, sondern bis weit in die Kreise der Deutschen Volkspartei hinein sind bereits gewichtige Bedenken laut geworden, ob nicht schon die zuletzt den bayerischen Partikularen in bezug auf die Gestaltung des besonderen süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof gemachten Zusicherungen die Grenze überschreiten, die durch die Erhaltung der verfassungsmäßig verankerten Reichseinheit notwendig gezogen sind.

Man könnte über diese grundsätzlichen Einwände mit größerer Ruhe hinweggehen, wenn die Hoffnung bestände, daß damit der Streit zwischen Bayern und dem Reich nun endgültig beigelegt wäre, denn dann würde es sich nur um theoretische Kompetenzkonflikte handeln, denen eine größere praktische Bedeutung nicht innewohnen würde. Solange das Reich und Bayern politisch an dem gleichen Strang ziehen und beide entschlossen sind, die demokratische Republik, ihre Verfassung und leitenden Personen gegen alle Angriffe von rechts und links energisch zu schützen, ist es ziemlich gleichgültig, ob die Friedensförderer und Angreifer von einem einheitlichen deutschen Staatsgerichtshof verurteilt oder ob sie, wenn sie Süddeutsche sind, vor einem besonderen Senat mit bayerischen oder süddeutschen Richtern gestellt werden. Ist das Reich gleich und die Unparteilichkeit der Richter gesichert, so sind die Personen der Richter nicht von wesentlicher Bedeutung mehr. Aber das alles steht eben das überzeugte Festhalten Bayerns am Reich und an seiner republikanisch-demokratischen Verfassung voraus. Hieran muß man, wenn man die zurzeit in Bayern herrschende politische Stimmung berücksichtigt, ernstlich zweifeln. Das Zustandekommen des Berliner Abkommens nach Überwindung so großer Schwierigkeiten hat in München keineswegs Freude oder Zufriedenheit hervorgerufen. Das Echo, das uns jetzt aus der bayerischen Presse entgegenklingt, bedeutet nicht Frieden, sondern neue Kampfanlage an die deutsche Republik. In den Zeitungen der bayerischen Partikularen ist bereits offen erklärt worden, daß der Kampf gegen das Reich mit dem jetzt getroffenen Abkommen nicht beendet ist. Selbst die Parteioffizielle Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, der heute in Bayern herrschenden Fraktion, erklärt ausdrücklich, daß der Kampf gegen den zentralistischen Reichsgedanken weitergeführt werden soll. Man sagt der Weimarer Verfassung offen den Kampf an.

Die Dinge in Bayern liegen also so ernst wie möglich. Die Auffassung des Organs der führenden bayerischen Partei, daß das letzte Abkommen nur einen „Erfolg im Vorfeld“ für Bayern bedeute, daß also der eigentliche entscheidende Kampf erst komme, bestätigt die Richtigkeit der Auffassung, daß wir nicht mit einem Friedensschluß, sondern höchstens mit einem Waffen-

stillstand zu rechnen haben. Selbst wenn aber die Frage des Staatsgerichtshofs und die anderen im Berliner Abkommen geregelten Streitfragen zunächst aus der öffentlichen Diskussion ausgeschaltet bleiben, fehlt es nicht an neuen Konfliktstoffen zwischen Bayern und dem Reich. Die großartige monarchistische Propaganda, die bei der Anwesenheit Hindenburgs in München unter den Augen der bayerischen Landesregierung und mit deren Billigung getrieben worden ist, hat bei der Reichsregierung und den im Reich regierenden Mehrheitsparteien eine neue, tiefe Verstimmung hervorgerufen. Denn diese Münchener Vorgänge müssen nicht nur im Augenblick des eben geschlossenen Friedenspacts wie ein Schlag ins Gesicht empfunden werden, sondern sie sind auch im Hinblick auf das Ausland und dessen Stimmung gerade jetzt überaus bedenklich und fügen der Sache der deutschen Volksgemeinschaft schweren Schaden zu. Wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission aber ungünstig auslaufen, wird man in München der Reichsregierung die alleinige Schuld in die Schuhe schieben. Nimmt man dort doch sogar an dem Verbot einer Beteiligung der Reichsmehrheit an den parteipolitischen, unverhüllt monarchistischen Münchener Kundgebungen schweren Anstoß. Die Reichsregierung wiederum, die soeben erst das Gesetz zum Schutze der Republik gegen die „Rote Fahne“ energisch angewendet hat, um die bayerische Regierung gegen Angriffe zu schützen, führt mit Recht darüber Beschwerde, daß in München dieses Gesetz so widerwillig und selten angewendet wird, daß Reichsleitung und Reichsverfassung in der Praxis selbst gegen die schwersten Beschimpfungen und Verleumdungen in Bayern schutzlos bleiben.

Wie soll unter diesen Umständen ein endgültiger Frieden zwischen Bayern und dem Reich möglich sein? Die Lage des Reiches ist wahrhaftig zu ernst, als daß auf diesem Wege des deutschen Bruderkampfes und der gegenseitigen Verleumdung weiter fortgeschritten werden darf. Ein Waffenstillstand zwischen dem Reich und Bayern, bei dem der Presskampf hängen und drüben munter fortgeht, muß für beide Teile verderblich werden. Ein wirklicher und dauernder Friede ist die Voraussetzung dafür, daß das Reich und Bayern sich nunmehr gemeinschaftlich für Deutschlands weitere Existenz einsetzen, die gerade gegenwärtig wieder schwer bedroht ist!

„Nur ein Waffenstillstand.“

Bb. München, 23. Aug. Unter der Überschrift „Finale“ erklärt das amtliche Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Bayerische Volkspartei - Korrespondenz“, über die jetzt erstellte Einigung mit der Reichsregierung, daß Bayern dem föderalistischen Staatsgedanken zu einem unauflöslichen Eintritte verurteilt sei, daß der einseitige und undemokratische Charakter der Lösung beseitigt und daß der Staatsgerichtshof des politischen und unitarischen Charakters entkleidet worden sei. So seien die wichtigsten bayerischen Wünsche durchgesetzt worden, wenn auch bei der Staatsgerichtshofsfrage in prinzipieller Beziehung das Letzte nicht erreicht worden sei. Die bayerische Staatsregierung dürfe ohne Zweifel mit Befriedigung auf das, was sie im Verein mit den Parteien für die föderalistische Sache nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland erreicht hat, zurücksehen. Sie lasse einem Gebot höherer, nichtmenschlicher Staatsweisheit, wenn sie in bewusster Selbstbeschränkung sich im Augenblick mit dem unter den jetzigen Verhältnissen Erreichten zufrieden gebe und ihre Hand nicht zu politischen Experimenten biete, die nach allem, was geschehen sei, der soliden Volksentbehrung würde. Daß dieser jetzt geschlossene Friede nur ein Waffenstillstand ist, wird von der Korrespondenz mit aller Deutlichkeit ausgedrückt.

Die bayerische Gefahr.

Bb. Berlin, 24. Aug. Die „Linia junge Republik“ und die „Liga für Menschenrechte“ veranstalteten eine Volksversammlung mit dem Thema: „Bayern und das Reich“. Hauptmann Schüringer, der eben aus München gekommen war, führte u. a. aus, unsere Hauptgegner in Bayern sind nicht die bayerischen Bauern, sondern die Bayern verabscheuenden preussischen Junker. Nur das inoffizielle Bayern wird auf dem bayerischen Hochland immer wieder eine Stimmung gegen das Reich entfachen. Jede Nacht kann der Volkstod gegen die Republik von München aus kommen! Die Gefahr wird hier unterschätzt. Eine verantwortungslose Pressepolitik träufelt täglich Gift gegen das Reich in die bayerische Volkseele. „König Ruppert“ kann innerhalb 24 Stunden in München einziehen. Wir Republikaner sind aber entschlossen, die Loslösung Bayerns vom Reich nötigenfalls mit Waffengewalt zu verhindern. Ein Münchener Rechtspruch würde am zweiten Abend erledigt sein, dafür ist sofort. Aber dieser Zusammenstoß muß vermieden werden. Bayern kann und muß republikanisiert werden, sonst gibt es kein Ende der Konflikte. Das bayerische Volk ist es wert, daß wir es gewinnen.

Neue Verbote.

W.T.B. Berlin, 23. Aug. Der preussische Minister des Innern hat dem preussischen Pressedienste zufolge auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik alle Versammlungen des deutsch-nationalen Jugendbundes und seiner Landes-, Kreis- sowie Ortsgruppen bis auf weiteres verboten.

W.T.B. Hamburg, 23. Aug. Die „Hamburger Volkszeitung“ ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf vier Wochen vollständig verboten worden.

Die neuen Vereinbarungen mit Bayern.

Br. München, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die amtliche bayerische Mitteilung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen zu dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden. Sie stellt einen umfangreichen zusammenfassenden Bericht der Verhandlungen dar und ist in fünf Teile gegliedert.

Der erste Teil stellt u. a. fest, daß von Anfang an von München Widerspruch gegen die Schutzeile erhoben wurde, da die bayerische Regierung die tiefgehenden Eingriffe in die bayerische Justiz- und Polizeiherrschaft, die die Gehebe zum Schutze der Republik bedingt hätten, nicht glauben annehmen zu können.

Im zweiten Teil werden die Bemühungen Bayerns im Reichstag und im Reichsausschuß des Reichstages dargestellt. Es wird darauf hingewiesen, daß es im Reichstag gelungen sei, die Gehebe auf die verfassungsmäßig festgelegte republikanische Staatsform zu beschränken, das Verbot des Verfalls zu kühlen und die Umstimmung an ein Sondergericht zu überweisen.

Die Annahme der Schutzeile im Reichstag und der Erlass der bayerischen Verordnung vom 24. Juli behandelt der dritte Teil der amtlichen bayerischen Mitteilung, wobei darauf verwiesen wird, daß die bayerische Verordnung weder dauerndes Recht habe schaffen wollen, noch habe schaffen können. Die Verordnung stelle nur einen entbehrlichen Schritt mit sofortiger Wirksamkeit dar, damit die Grundlage für die bayerische Verfassung, von der eine für Bayern entsprechende Verbesserung der Gehebe habe sukzessive kommen können.

Das vierte Kapitel behandelt das Ergebnis der ersten Berliner Verhandlungen, die zum Abschluß des bekannten Berliner Protokolls führten. Es wird besonders betont, daß die Vereinbarungen des Protokolls grundsätzlich und im einzelnen einen recht erheblichen Erfolg für Bayern darstellten. Das Ergebnis der Verhandlungen wird dann im einzelnen aufgeführt.

Der entscheidende fünfte Teil der amtlichen bayerischen Mitteilung bezieht sich auf die neuerlichen Verhandlungen vom 19. und 20. August 1922, die zu einer weiteren Klärung und einem weiteren Schritt zu einer Ergänzung der bayerischen Verfassungsmäßigkeiten geführt. Das Ergebnis der neuerlichen Verhandlungen, die auch eine Anzahl bereits früher vereinbarter Punkte umfaßten, ist in der Hauptsache folgendes:

1. Beim Staatsgerichtshof wird ein süddeutscher Senat gebildet. Ihm werden neben den anderen süddeutschen Landesrichtern drei bayerische Landesrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören.

2. In den Stellen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senats gegeben wird, wird das „Begründungsrecht“ vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung hin ausüben.

3. Nach Zählungnahme mit der bayerischen Regierung wird ein bayerischer Beamter zur Reichsanwaltschaft als Referent des Oberreichsanwaltes für bayerische Sachen bestellt.

4. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden wird. Der bayerische Staatsanwalt wird angewiesen, sich darüber zu äußern, ob sich eine Sache zur Verhandlung durch den Staatsgerichtshof oder durch das ordentliche Gericht eignet. Die Anklagen werden von der Oberreichsanwaltschaft sachgemäß berücksichtigt werden.

5. Weiter die Reichsregierung noch die Landesregierungen dürfen auf Entscheidungen des Staatsgerichtshofes in Verwaltungsangelegenheiten irgend welchen Einfluß ausüben.

6. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches, die Staatspersönlichkeit und die Hoheit der Länder wurden neuerdings anerkannt.

Wenn man den Gang der Verhandlungen und ihr Schlussergebn zusammenfaßt, so läßt sich nicht leugnen, daß nunmehr Bayern zum Schutze seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gewonnen haben. Der Staatsgerichtshof weist jetzt in seiner ganzen Einrichtung sehr erhebliche Veränderungen auf. Die ursprünglichen Bedenken sind praktisch zu einem großen Teil beseitigt. Auf dem Gebiete des Polizeiwesens sind die bayerischen Wünsche im Rahmen der Gehebe erfüllt worden. Es darf daher wohl mit der demnächstigen Aufhebung der bayerischen Verordnung gerechnet werden.

Preussische Minister im Rheinland.

Br. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der preussische Ministerpräsident Braun und der Landwirtschaftsminister Wendt werden sich Anfang nächster Woche zu einer Informationsreise ins Rheinland und ins benachbarte Gebiet begeben.

Eine Reichsgrundsteuer in Naturalien?

Br. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die „Vollz.“ berichtet aus Hannover, daß der oldenburgische Ministerpräsident Lanken in einem Vortrag im Verband der landwirtschaftlichen Kleinrentner eine Steuerpolitik im Reich vorgeschlagen habe, die er im nächsten Monat bei der Ministerkonferenz in Braunschweig erläutern wird. Der Vorschlag besteht in der Erhebung aller direkten Steuern auf Grundbesitz durch eine Reichsgrundsteuer in Naturalien. Lanken sieht in einer solchen Regelung volkswirtschaftliche und finanzpolitische Vorteile.

Die Aktion der Gewerkschaften.

Br. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Reichsminister Dr. Wirth wird am Donnerstagmorgen die Führer der gewerkschaftlichen Selbstorganisationen in der Reichsregierung empfangen, um von ihnen die Forderungen zur gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage des Reiches entgegenzunehmen und diese mit ihnen zu besprechen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte am letzten Mittwoch seinen Vorstand sowie seinen finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuss einberufen, um zu der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Stellung zu nehmen und die daraus sich ergebenden Forderungen der ärztlichen Gewerkschaften zu formulieren.

Ein Interview mit Ludendorff.

Wissenschaft und Technik. Der französische Historiker Ernest Lavisse ist, wie aus Paris gemeldet wird, im 80. Lebensjahre gestorben. Lavisse, der seit dem Jahre 1884 Professor für neuere Geschichte an der Pariser Universität war und seit 1892 der Akademie angehörte, hat sich besonders die deutsche Geschichte zum Gegenstand seiner Forschungen gemacht. Seine Studien zur Geschichte von Preußen wurden von der Pariser Akademie preisgekrönt. Seine weiteren Schriften zur Geschichte des neueren Deutschlands sind „Drei deutsche Kaiser: Wilhelm I., Friedrich III., Wilhelm II.“ (1888 erschienen), und einige Werke über Friedrich den Großen.

* **Beispiel-Ausflug in Breslau.** Von den Hauptmann-Geistlichen schreibt unter Sonderberichterstattung: Die letzten Tage brachten, während im Volkstheater „Einmale Menschen“ unter Halländers Regie und mit der Lehmann-Riedel und Fr. Bergner in den Hauptrollen, seinen londer-lichen Eindruck hinterließen, im Stadttheater noch einmal einen schauderhaften Höhepunkt mit der von Verthoff selbst ein wenig pervertierten Aufführung des Saelmenwals „Schuld und Täu“ mit Hans Marr und Max Wallenberg in den beiden Titelrollen. Unterstützt durch eine höhere Beredderung des schlesischen Dialektes gab Marr dem Rüssel Täu alle färrige Verbeil, alles vödelhafte Kraftmeiertum des schlesischen Landtreibers. Wallenberg, frei von über-treibungen, war daneben ein rührend ergreifendes Mensch-lein mit einem fast kindlichen Ton von Burchsamkeit und Stolz auf seine „Krafftlichter“. Solange diese beiden prächtigen Darsteller auf der Bühne standen, glitt man leicht über die Wiederholungen und toten Stellen der edlen Akte hinweg. „Danneles Himmelfahrt“, von Bornowski in zwei Proben herausgebracht, mit Mehl und der Berger. „Wissa“ mit Roma Vahn und Müller. „Kollege Craxton“ mit Eugen Kähler, der eben auch in Berlin gespielt hat, bildeten den Abkling der Hauptmann-Woche. — Nun ist vorüber ist, darf man zu-mmentend sagen, daß diese Festspiele nur sehr be-

Die Besprechungen Dr. Seipels in Berlin.

Br. Berlin, 24. Aug. (Sta. Drathbericht.) Die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem österreichischen Bundeskanzler Seipel und dem Finanzminister Sagu-
goben vollkommen überein in muna darüber, daß Österreich bis zur Erledigung der Kreditfrage danach trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es naturgemäß auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen ist, über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Bei der Erörterung einer Reihe von Einzel-
angelegenheiten trat auf der deutschen Seite die freundliche Bereitwilligkeit hervor, im Rahmen des Möglichen dem be-
nachbarten Bundesrolle die irgend mögliche Hilfe zu leisten.
Eine Kabinettsitzung, an der nahezu alle Reichs-
minister teilnahmen, beschäftigte sich vor allem mit der öster-
reichischen Frage.

Vor der Abreise der österreichischen Minister nach Stalien, wo sie in Verona mit dem italienischen Außenminister zusammenzutreffen werden, veranlassen hat in der österreichischen Gesandtschaft die Vertreter der Berliner Presse, um in kurzen Zügen den Zweck der Reise der österreichischen Reaktionsvertreter nach Brau Berlin und Stalien zu erfahren. Der österreichische Bundeskanzler fährt einleitend aus, über den Zweck der Reise seien in den deutschen wie auch in den ausländischen Presse sehr viele richtige Nachrichten verbreitet worden. So habe die ungauische Presse von der Wucht Österreichs, der Klinken Entente beizutreten, geschrieben. Österreich werde aber niemals eine Einbindung mit der Kleinen Entente eingehen. Der Seipel führte weiter aus, die österreichischen Vertreter seien bei ihrem Aufenthalt in Berlin, wo sie von den Vertretern der deutschen Regierung außerordentlich herzlich empfangen worden seien, beinahe von den Ereignissen, die augenblicklich in Berlin durch die Selbstbrennungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung abspielen, mehr in Anspruch genommen worden als durch eigenen. Es sei ihnen aber außerordentlich lehrreich gewesen, gerade in diesem Zeitpunkt wichtiger Entscheidungen in Berlin anwesend sein zu können, da sie hier in den nächsten Tagen mit Vertretern der Mächte der Großen Entente zusammenkommen würden. Der Zweck ihrer Reise nach Brau Berlin und Stalien habe jedoch informativsten Charakter. Es sei vollständig falsch, wenn man annehme sie seien als Bettelnde gekommen. Wennaueh die Lage Österreichs nicht roth sei, so sei sie doch nicht hofflos. Die neue österreichische Regierung habe, wie ihre Vorgängerin, den Vorlat vertreten, zunächst die wirtschaftliche Lage Österreichs aus dem Innern zu verbessern und erst danach Hilfe im Ausland zu suchen. Es müsse angedeutet werden, daß die Entscheidung der Londoner Konferenz die österreichische Frage dem Völkerrundstahl vorzuziehen. In der österreichischen Bevölkerung monatlich aufgenommen worden sei. Die österreichische Regierung habe sich dem Geboten folgen lassen, zunächst mit den nachbarn Staaten, die zuerst an Österreichs Wirtschaft interessiert sind, die Möglichkeiten zu besprechen, die durch die endgültige Entscheidung des Völkerrundstahls herbeiführen werden könnten. Das habe aber mit einem Zusammenbruch Österreichs nichts zu tun. Es sei ferner falsch zu sagen, österreichische Vertreter seien mit einem fertigen Programm gekommen.

Eine finanzielle Hilfe Deutschlands für Oesterreich
ausgeschlossen.

Dr. Berlin, 24. Aug. (Sta. Traktatbericht.) Die Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Dr. Seipel und dem Reichskanzler Dr. Briegleb haben ergeben, daß eine finanzielle Hilfe Deutschlands für Oesterreich auszusprechen ist. Dagegen soll Oesterreich eine Unterstützung auf wirtschaftlichem Gebiete durch Lieferung von Rohlen ausstatten worden sein.

Wiesbadener Nachrichten.

Soziale Krankenhausfürsorge.

Die Unglücklichen, die Unfall, Krankheit oder Elend um die Krankenhäuser führt, bedürfen meist nicht nur Beseitigung von körperlichen Leiden, auch bergabwührende Kosten sind hinwegzuräumen, damit die Genesenden wieder mit richtigem Mut in den Lebenskampf treten können. Den Krankenhausärzten geben ihre engeren Berufspflichten nicht genügend Raum zu tatkräftiger Hilfstätigkeit in sozialem Sinne. So hat man in einigen Großstädten eine besondere "Soziale Krankenhausfürsorge" eingerichtet, die sich mit den häuslichen und persönlichen Angelegenheiten der in Krankenhäusern Verheilten beschäftigt. Am besten wird sie ausgeübt durch Fürsorgerinnen, die sich durch Ironiebildung und wohlwollende Behandlung, durch Takt und Menschenkenntnis, Erfahrung und Vertrauenswürdigkeit mit dem Orte vorhandenen sozialen Einrichtungen und Hilfsmöglichkeiten auseinandersetzen. Diese Fürsorgearbeit verlangt nicht nur großes soziales Verständnis und solche Mitarbeit und Förderung findet, nicht nur bei staatlichen und öffentlichen Stellen, sondern auch bei allen sonstigen Wohlfahrtsvereinigungen. Das Gebiet der sozialen Krankenhausfürsorge ist die Unterbringung der häuslichst erkrankter Frauen, die Unterstützung oder Überwachung und Versorgung zurückgebliebener oder verwundeter Kinder, die Erlangung von Unterstützungen im Wege der Wohlfahrtspolitik, die Vermittlung von Unterkommen und die Vermittlung von Arbeit beim Verslassen des Krankenhauses, die Unterbringung in Erholungsheimen nach Operationen usw., die Regelung von Versicherungs-Angelegenheiten, Wohnhilfe und Ähnlichem. Die Fürsorge prüft ferner die Rechtmäßigkeit von Rückerstattungen, verfolgt Ansprüche aus unehelicher Geburt, bezugslos, verlassenen, verstorbenen Kindern, ja auch Waisen, stellt Nahrungs- und Wirtschaftsmittel, in auch Bücher, Geldmittel u. dgl. m. zur Verfügung. Neben den Erwachsenen nimmt sich die soziale Krankenhausfürsorge aber auch der Kinder an. Es ist ein schönes Amt, den Kindern über die Schmerzen und Entloosungen der manchmal recht langen Krankenhauszeit hinwegzuhelfen. Solche Beschäftigung unter liebevoller Anleitung füllen die Zeit, wenn die Kinder ruhig an und bringen es fertig, daß vielen die Zeit der Krankheit schließlich zur Quelle schöner Erinnerungen wird.

— Die Zuständigkeit der Belahungsbehörden. Die Reichs-
sachbellektion Mainz teilt mit: In letzter Zeit mehren sich
die Fälle, daß Zivilpersonen trotz des Warnungsverbotes
der Internationalen Kommission in Wiesbaden in den Mil-
itärstrassen Platz nehmen. Vorausgesetzt tritt dies dann
ein, wenn die Straße überfüllt ist. Die Militärbehörden
sich, wie wiederholt bekannt gegeben, durch das Be-
setzen der Militärstrasse nicht nur der Bestrafung durch
die Militärbehörde aus, sondern auch das Angelegen-
heit, personal in die Verlegenheit, mitbestraft zu werden.

— Schnellzugverkehr Wiesbaden-Berlin. Die im Fahrplan ab 1. Juni 1922 nur bis 31. August d. J. angegebene Schnellzüge D 27 Mainz ab 10.07 Uhr vorm., Berlin Potsdamer Bahnhof an 10.25 Uhr nachm., über Wiesbaden, Koblenz, Bad Nauheim, Kassel, Nordhausen-Maderburg und D 28 Berlin Potsdamer Bahnhof ab 8.05 Uhr vorm., Wiesbaden an 8.02 Uhr nachm., über den gleichen Weg zurück verkehren weiterhin noch bis 7. Oktober dieses Jahres.

— Deutsche Republikanische Verfassungsfeier in Caud. Die von der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete, aber in ihrer Durchführung jedes parteipolitischen Charakters durchaus entbehrende Kundgebung für die republikanische Verfassung findet nächsten Sonntag, 27. August, nachmittags 3 Uhr, in Caud a. Rh. statt. Auf dem Festplatz werden die Reichstagsabgeordneten Wilhelm Heile, Hannover und Dr. Gertrud Bäumer sowie der Landtagsabgeordnete Johannes Fichter, Struthart sprechen. Eine Jugendfeier wird schon am Vormittag 12 Uhr stattfinden mit Elie Reinhardt, Struthart a. N. und Ernst Lemmer, Berlin als Redner. Teilnehmerarten sind auf dem Geschäftszimmer der Deutschen Demokratischen Partei, Nidelsberg 2, 1, zu erhalten. Abfahrt von Wiesbaden 12.38 bzw. 9.28 Uhr.

— Auf dem heutigen Wochenmarkte stellten sich die Erzeugnisse beim Kleinhandelspreise wie folgt: Weizen 2 bis 3 M. (Erzeugerpreis), 4 M. (Kleinhandelspreis), Roggen 5 bis 6 M. bezw. 8 M., Weizen 2 bis 3 M. bezw. 4 M., Weizen 3 bis 4 M. bezw. 5 M., Rote Rüben 4 bis 4 M. bezw. 4 M., Kohlrabi 1 St. 60 M. bis 1.50 M., bes. 2 M., Blumenkohl (bießiger) 12 bis 15 M. bezw. 20 bis 25 M., Grüne Stangenbohnen 12 bis 15 M. bezw. 16 M., Grüne Buschbohnen 6 bis 8 M. bezw. 10 M., Sellerie 1 St. 1 bis 4 M. bezw. 2 bis 8 M., Kopfsalat 1 St. 1 bis 2 M. bezw. 2.50 bis 3 M., Endivienalat 1 St. 2 bis 5 M. bezw. 5 M., Fenchel 1 St. 6 bis 12 M. bezw. 6 bis 12 M., Cichorien 100 St. 50 bis 70 M. bezw. 70 bis 80 M., Kartoffeln 4.50 bezw. 5 bis 6.50 M., Tomaten 12 bis 15 M. bezw. 18 M., Lauch 1 St. 1 bis 3 M. bezw. 3 M., Gipsel 12 M. bezw. 12 bis 15 M., Radiesel 2 bis 8 M. bezw. 3 bis 10 M., Erbsen 12 M. bezw. 10 bis 20 M., Kohlraben 8 M. bezw. 6 bis 10 M., Zuerchen 6 M. bezw. 6 bis 10 M., Mörrabellen 10 M. bezw. 12 bis 15 M., Reineisen 6 M. bezw. 8 bis 10 M., Stiche 15 bis 20 M. bezw. 25 M., Karotten 25 M. bezw. 20 bis 30 M. Alles per Pfund.

— Ein Kartoffellegen. Als höchst erfreulich darf, wie die „L. N. N.“ schreiben die Tathatsache bezeichnet werden, daß die Aussichten für die diesjährige Ernte in Frühkartoffeln überaus günstig sind. Diese Behauptung trifft nicht etwa nur für einzelne Gebiete zu, sondern, so weit es sich bis heute überlegen läßt, beinahe für das ganze Reich. Die häufigen Niedererschläge haben besonders in den leichten Sandböden vorzügliche Ertragsnisse gesetzt. Der Reibung ist sehr reichlich und auch die Größe der Knollen läßt nichts zu wünschen übrig. Dreißig bis vierzig Kartoffeln an einem Stod sind keine Seltenheit. Von der Vorzüglichkeit der Frühkartoffeln kann sich jeder überzeugen an der in den Läden und im Straßenhandel reichlich ausgebotenen Ware. Besonders verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die diesjährige Ernte durchgängig gesund ist und sich ihre Güte auf alle Sorten erstreckt. Ab und zu wird auch von der Rosskrankheit berichtet, die in den vergangenen Jahren schweren Schaden angerichtet hat. In diesem Sommer bechränkt sie sich tatsächlich auf verhältnismäßig wenige Fluren und wird wohl nur dort angestraft, wo schon die Ausfaat krank war. Auch für die Winterkartoffeln, deren wichtigste Entwicklungsperiode in den Monat August fällt, sind die Entausfichten günstig. Die Presse hat im Hinblick auf die reiche Ernte noch zu hoch; sie dürfen sich aber bei dem bald zu erwartenden härteren Angebot senken. Ein Preisfall ist umso mehr zu erwarten, als die Frühkartoffeln ihrer geringen Haltbarkeit wegen nicht auf längere Dauer zurückgehalten werden können.

— Ein Ei zu 3.50 M.! Diese märchenhaft steigende Preisung kommt aus dem glücklichen Bayernlande. Um dem in erster Linie durch Hamsterer und andere wilde Aufkäufer hervorgerufenen raschen Steigen der Eierpreise möglichst Einhalt zu tun, sind jetzt verschiedene behördliche Organe dazu übergegangen, für Eier wieder einen festen Höchstpreis einzuführen. So hat das Bezirksamt zu Dillingen jetzt anordnet, daß der Erzeugerpreis für Eier den Betrag von 3.50 M. nicht übersteigen darf. Das Bezirksamt wacht streng über die Einhaltung dieses Höchstpreises. Andere Bezirksverwaltungen haben sich diesem Vorgehen gegen den wunderlichen Eierhandel angeschlossen.

— Zur Förderung des Kleinwohnungsbaus. Der Regierungsräsident ist bekannt: Gemäß Gesetz vom 20. Mai 1922 (Gesetzsammlung Seite 117) ist unter Beteiligung des Staates eine gemeinnützige Grundkreditanstalt unter der Bezeichnung „Preussische Landessparbank für Kleinwohnungsbauförderung“ mit dem Sitz in Berlin W. 57, Potsdamer Straße 74, als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet worden. Aufgabe dieser Anstalt ist es, Kleinwohnungen, insbesondere Wohnheimstätten, hypothekensicher zu beleihen und auf Grund der erworbenen Hypotheken Pfandbriefe auszugeben.

— Wie werden die Kleinrentnerzuschüsse verteilt? Für die Verwerdung der Reichszuschüsse zur Unterstützung notleidender Kleinrentner in diesem Jahre hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsrat ein geheimes Richtlinien aufgestellt. Von den 500 Millionen erhalten die Länder 450 Millionen Mk., 1/2 nach der Einwohnerzahl, 1/2 nach der Ortsgliederung. 20 Millionen sind für die Folgen der feindlichen Besetzung bestimmt, während 30 Millionen zur Verfügung des Reichsarbeitsministers für Zwecke bleiben, deren Bedeutung über das Gebiet eines Landes oder einer preußischen Provinz hinausgeht. Hiervon dürfen bis zu 1 Million an reichsdeutsche Kleinrentner in Deutsch-Oesterreich gewährt werden. Als Kleinrentner gilt, wer vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ab eine Jahrestrente von wenigstens 500 Mark oder eine entsprechende Sachverlebung sichergestellt hatte und jetzt auf diese Verlebung angewiesen ist. Der Reichsaufwand soll nicht für Personen verwendet werden, die auf Grund sonstiger reichsrechtlicher Bestimmungen eine gleichwertige Unterstützung erhalten.

— Der Weltvölkerein umfaßt nach dem Geschäftsbericht seiner Bureau 1785,5 Millionen Menschen auf 121 359 249 Quadratkilometer. Die meisten Kunden hat die Post in China mit 436 Millionen Einwohnern, dann Britisch-Indien mit 319, Rußland mit 155, die Vereinigten Staaten einschließlich der Inselbesitzungen mit 108 Millionen. Der Ausdehnung nach ist Rußland mit 21 053 184 Quadratkilometer das größte Vereinsland, San Marino mit 61 Quadratkilometer das kleinste. Beide Länder waren auf dem Vorkongreß in Madrid nicht vertreten, sind aber jetzt mitgeteilt.

— Alte Belargonien, die unfruchtbar geworden sind, lassen sich leicht verjüngen. Man schneidet sie einfach ein Stück über dem Boden ab. Es werden sich dann bald schöne, blühende Pflanzen entwickeln und außerdem kann man das Abgeschnittene zu Stecklingen verwenden, so daß man auch noch eine ganze Anzahl junger, blühender Pflanzen erhalten kann.

— Mehr Kautschuff und Schreibmaschine bei Gericht. Kautschuff, Schreib- und Diktiermaschine werden bei Gericht noch nicht immer zur Erparnis von Arbeit höher ausgebildet und entlohneter Kräfte verwendet. Eine vermehrte Benützung dieser neuen Hilfsmittel bedeutet eine Verfüggung des Justizministers. Die Genehmigung zur Veranschaffung der Kautschuff für die Arbeiten der Richter und Staatsanwälte mit Hilfe der drei Hilfsmittel ohne gleichzeitige Verhelfung einer Abschiff oder Ausfertigung kann überall dort erteilt werden, wo dies zur Entlastung der Richter und Staatsanwälte angebracht erscheint und geeignetes Kanzleipersonal zur Verfügung steht.

Wo dies nicht der Fall ist, sollen die Gerichte auf die Gewinnung geeigneter Kräfte bei Neueinstellungen Bedacht nehmen.

— **Gaasenerausstellung.** Infolge weiterer Ernährungsfragen mußte, wie das Magistrats-Preßblatt mitteilt, der Einzelsatz für die Aufstellung von Gaasenern mit sofortiger Wirkung auf 300 M. erhöht werden.

— **Berein der Reichsanstalt Mikroskopische und Gefäßforschung.** Am Sonntag, den 27. d. M., findet die Mitgliedereversammlung in Idstein statt. Nachmittags wird von dort aus ein Ausflug unternommen. Abfahrt: Wiesbaden 7.12 Uhr mit Sonntagsfahrte.

— **Tätig. Personellen.** Rechnungsrat **Müller** bei der kieggen Stabschulwacht sowie die Rechnungsräte **Römer** und **Ringelmann** vom kieggen Amtgericht wurden zu **Tätig.** Oberimpfplätzen ernannt.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Stadttheater. Am Freitag geht das bis Schluß der vorigen Spielzeit fast nur ausserordentlich hohes gegebene waterländische Schauspiel „Vater und Sohn“ von Josephin von der Goltz in Szene. Neu debütirt in der „Älste Delfauer“ mit Paul Wiegner. Den „Kronprinzen“ spielt an Stelle des entlassenen Herrn Wellmann Herr Karl Schäfer vom Stadttheater in Mainz. — Am Samstag wird die kürzlich erst neu einstudierte Oper „Die weiße Dame“ von Boieldieu wiederholt. Den George Brown singt Ludwig Hoffmann.

* Karlsruhe. Im ersten diesjährigen Vaminationsobst der Kurverwaltung morgen Freitag werden Tausende von Eimern zur Aufstellung gelangen und durch ehrenföhl Compans eine seitens Farbenpracht zeigen die zu bewundern ein Rangung um den Weiber am besten ermöglicht. Das Konzept von 8 bis 10 Uhr wird von dem hiesigen Autotheater ausgeführt. — In dem Festkonzert anlässlich der Tagung des Verbanes der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein, das für kommenden Montag unter Leitung des hiesigen Musikdirektors Carl Schürich im großen Saale des Kurhauses angelegt ist, wirkt als Solistin Frau Maria Bogler, die hier aufsteigende bekannte Altistin, mit.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Erbenheimer Genzindevertretung.

58 Erbenheim, 24. Aug. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, um der Wohnungssnot einigermaßen zu steuern, im Wälderhaus vier und im neuen Schulgebäude in der Thunassstraße drei Wohnungen auszubauen. Dieser Ausbau soll jedoch nur so weit gestiftet werden, als Mittel zur Vergütung und Tilgung vorhanden sind. — Das Gesuch der Kreisbauernschaft um Übernahme der Hälfte der Kosten, die durch die Dienstleistungen der Sanitätskommission und der freiwilligen Feuerwehr anlässlich der 3. Feuerfesttage entstehen sind, wurde mit 10 gegen 1 Stimme der 5 Stimmentragungen dahin genehmigt, doch für je 2 Mann pro Tag 5 Dienststunden zu dem Satz, der vom Klub von Wiesbaden an Renttagen gezahlt wird, von der Gemeinde übernommen werden. — Ein weiteres Gesuch der Kreisbauernschaft um Ermäßigung der Renteinksteuer für die ausgeschiedenen Trübsenrenten während des Kriessens am 3. Bauerntag, wurde mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt. — Das Gesuch des Zimmermeisters Wilhelm Heß und Genossen um Ermäßigung des Kraftstrompreises wurde der Finanzkommission überwiesen.

in Frankfurt a. M., 24. Aug. Die Eisenbahnkontrollepolizei verhaftete drei Bedienstete der Eisenbahnwerkstätten, die von Lokomotiven verdorrte Kupfer- und Messingteile kauften. Die Festnahme erfolgte, als die drei gerade mit dem Abtransport gestohlener Metallteile beschäftigt waren.

Sport.

* Ein englischer Tausendpfundpreis für einen motorlosen Gleitflug.
Wettbewerh. „Daily Mail“ bietet unter der Leitung des Royal Aero Club einen Preis von 1000 Pfund Sterling für den Sieger jeder Nationalität, der bei einem im September in England stattfindenden Wettbewerb den längsten Flug in einem motorlosen Gleitflugzug ausführt. Der Flug darf nicht weniger als 10 Minuten dauern. Bewerber müssen sich wegen an The Secretary Royal Aero Club 3, Clifford, Newdottstreet London W. 1. Die Erfolge der deutschen Gleitflieger, insbesondere der von Jentsen am Samstag aufgeführte Weltrekord von zwei Stunden, haben in England großes Aufsehen erregt und die Frage der Gleitfliegerei in den Vordergrund des Interesses gerückt. So wird darauf hingewiesen, daß die in Frankreich unternommenen Versuche im Vergleich zu den in Deutschland gemachten nur geringe Ergebnisse zeigten haben, während in England der Gleitflug so gut wie unbekannt sei.

Gerichtsjaal.

Fo. Der Orlitzer Wingerprozeß. Gegen das am 17. August vom Schöffengericht gefällte freisprechende Urteil im Wingerprozeß in Orlitz am 19. Mai d. J. hat Staatsanwaltschaftsastat Theias Berufung bei der Strafkammer eingelegt.

Bermischtes.

* Ein Zubußraum der Wuthochzeit. (Zum 24. August.) Am 24. August sind 350 Jahre dahingegangen seit dem Tage, an dem eins der größten Verbrechen der Weltgeschichte begangen wurde, nämlich die Ermordung der Hugenotten in der Bartholomäusnacht. Unter den Opfern befand sich auch der die Führer der Hugenotten, der Admiral Giscard de Collang. Dieser bedeutende Heerführer und Staatsmann hatte nach dem Ende der Religionskriege mit dem Frieden von St. Germain das Vertrauen des jugendlichen Königs Karl IX. von Frankreich gewonnen und den Hugenotten nicht nur die Gleichberechtigung im Staate errungen, sondern ihnen sogar eine gewisse Vorrechtstellung gesichert. Collang suchte den König zu einem Krieg gegen Spanien zu bewegen und rief dadurch den Widerwuth der Königinmutter Katharina von Medici herpor. Bei den Beratungen kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem Admiral und der leidenschaftlichen Medicätin, deren lange Züge ihn heftiger Groll nun zu wildem Haß und dem Muth nach Raube anwuchs. Gleichsam als Symbol für die Verhöhnung des durch den Glaubenskampf zerstückten Volkes sollte der junge Heinrich von Navarra, das Haupt der Hugenottenpartei, die Schwester Karls IX. und Tochter Katharinas, Margaretha, heiraten. Am 18. August 1572 fand die Hochzeit unter großen Feierlichkeiten statt; zahlreiche Hugenotten waren dazu nach Paris zusammengeströmt. Nach den Festlichkeiten ließ nun die Königinmutter am 22. August gegen Collang als er aus dem Staatsrat kam, einen Mordanschlag verüben. Aus einem Hauke dessen Befehl ein Anhang der hugenottenfeindlichen Golechats der Guillen war, wurde auf ihn geschossen und ihm Arm und Hand durchbohrt. Der Anschlag war mißlungen; die an Tausenden in der Stadt versammelten Hugenotten nahmen eine drohende Haltung an und forderten Gerechtigkeit. Dadurch wurde Katharina in eine schlimme Lage gebracht, und als einziger Ausweg sah die räthselhafte Kaiserin das Mittel des Mordmords. Der Plan einer großen Mischele unter den Hugenotten, der die Ubergewalt dieser Kreise für immer vernichten sollte, entstand bei Katharina und ihrem Anhang, die schließlich auch die Zustimmung des schwachen Königs erklärten. Am Abend des 23. August ergingen die Befehle, und rasch folgte die Ausführung. Zuerst wurden die Häupter der Hugenotten ermordet, unter ihnen an erster Stelle Collang. Dann folgten gegen 3 Uhr nachts die Glode von St. Germain i. Auxerrois zum Sturm, und nun begann das allgemeine Muthab, das in Paris drei Tage währte und in den anderen Provinzkäbden ein blutiges Nachspiel hatte. Die Zahlen der Ermordeten sind sehr verschieden angegeben worden; doch werden es mindestens 22,000 gewesen sein. In wahrkinniger Verblendung betheiligte sich Karl IX. selbst an dem Morden und schloß auf die Unschuldlichen wie auf geheutes Wild. Die Stimme des Gemissens aber ließ ihm vor nun an seine Ruhe mehr; von schrecklichen Träumen und andauernder Bissione gequält, starb er nicht lange darauf mit 24 Jahren. In ganz Europa verbreitete die Nachricht von der Wuthochzeit tiefes Entsetzen; nur in Rom und Madrid feierte man Freudenfeste.

Neues aus aller Welt.

Ein Erbsen-Deutmal in Biberach. Die Enthüllung des von der Stadt Biberach errichteten Erbsen-Deutmals findet am Samstag der Erinnerung an die Ermordung des Kaisers am 20. August statt. Das Deutmal ist in einfachen Formen gehalten und enthält neben den Daten die Inschrift: „Niemand hat eine größere Liebe als der, der sein Leben hingibt für seine Freunde.“ Am darauffolgenden Tag wird eine öffentliche Volkssammlung abgehalten werden.

Eine wunderliche Gemeinde. Die Gemeinde Buraun (Buraun) verleierte vor kurzem 2741 Ester Brennholz, die nach der fortgeführten Tare auf 424.000 Mark bewertet waren. Bei der Versteigerung wurde bis zu 1206.915 Mark geboten. Das Bezirksamt annullierte darauf die Versteigerung und die Gemeinde kauft das ganze Holz an eine heimische Fabrik um 969.600 Mark los. Die Polizei aber beschlagnahmte das Holz und der Bürgermeister sowie drei Gemeinderatsmitglieder erhielten vom Richtergericht von Würzburg eine Anklage wegen Wuchers. Sie wurden zu Geldstrafen von 60.000 bis 100.000 Mark verurteilt; ferner wurde die Einziehung des beschlagnahmten Holzes verfügt.

Studenten als Arbeiter in Kalkbächen. Der Arbeitermannal im Kalkbächen der Rerratales ist jetzt dadurch behoben, daß eine große Anzahl von Studenten von allen Universitätsstädten Deutschlands während der Ferienzeit in den Kalkbächen Alexandersbach, Wintershall usw. arbeiten. Die jungen Leute sind zum Teil in Baracken untergebracht.

Dampferkatastrophe in der Nordsee. Der englische Dampfer „Chindwara“ von Bombay traf im Hamburger Hafen mit aufstiehlendem Bug ein. Er war zwischen Weier und Elbe mit dem englischen Dampfer „Marnobille“ in Kollision geraten. Der Dampfer „Marnobille“ ist gesunken, die „Chindwara“ hat einen Teil der Mannschaft des gesunkenen Dampfers geborgen. Am dem Rettungswert beteiligten sich auch einige herbeigeeilte Schleppdampfer.

Ein vielstimmiger Handwerksrat. In der Biberach nahmen ein durchziehender Handwerksrat am gleichen Tage Stellung bei zwei Badermeistern, einem Tischlermeister, einem Schreinermeister, einem Schmiedemeister und einem Schmiedemeister an, indem er sich regelmäßig als Zunftangehörige auswies und Vorrechte erhob. Auf der Herberge fanden sich die meisten der anwesenden Meister zusammen, als sie am Abend ihren neuengewählten Rat abholten wollten.

Diebesbriefmarken der Vereinigten Staaten. Wie dem Berl. V. A. berichtet wird, hat die Postverwaltung der Vereinigten Staaten an zahlreiche Ränker eine Aufforderung ergangen lassen, Entwürfe für Diebesbriefmarken einzuweisen, die besonders geeignet wären, Amors Tintengüsse unbemerkt an die richtige Adresse gelangen zu lassen. Eine Melina aus Washington gibt an, daß in ganz Amerika eine ungeheure Nachfrage nach Diebesbriefmarken bestehe. Ob der Schrei nach dieser Art der Marken praktisch ist, wird die Zukunft erweisen. Gar manches Mädelchen dürfte es doch unheimlich empfinden, wenn ihm ein Brief vom Liebsten einhändelt wird mit einem veränderten Blick der monoton gerade nicht von mütterlichem, bzw. väterlichem Wohlwollen alant.

Handelsteil.

Berliner Börse.

Kurse vom 23. August 1922.

Staatspapiere.	22. Aug.	23. Aug.	22. Aug.	23. Aug.
Reichsschatz S. 1	101.00	99.90	Deuts. Waff. u. Mun.	2785. 2790.
Reichsschatz S. 2	101.00	99.90	Daimler Motoren	580. 601.
Reichsschatz S. 3	101.00	99.90	Deuts. Kraft- u. Gas	3050. 3050.
Reichsschatz S. 4	101.00	99.90	Thyssen-Farben	985. 1090.
Reichsschatz S. 5	101.00	99.90	Werkzeug-Fabrik	1400. 1700.
Reichsschatz S. 6	101.00	99.90	Friedrichshütte	1090. 1150.
Reichsschatz S. 7	101.00	99.90	Feldm.-u. Gullen	2500. 2550.
Reichsschatz S. 8	101.00	99.90	Gesellschaft Deuts.	1010. 1080.
Reichsschatz S. 9	101.00	99.90	Grünhain Elektr.	975. 1080.
Reichsschatz S. 10	101.00	99.90	Harpener Bergbau	4875. 4700.
Reichsschatz S. 11	101.00	99.90	Hind. Auermann	688. 720.
Reichsschatz S. 12	101.00	99.90	Hohenlohewerke	2275. 2400.
Reichsschatz S. 13	101.00	99.90	Hoch-Eisen u. Stahl	2675. 2750.
Reichsschatz S. 14	101.00	99.90	Der Bergbau	1910. 1925.
Reichsschatz S. 15	101.00	99.90	Königs- u. Laurah.	3375. 3600.
Reichsschatz S. 16	101.00	99.90	Kell. Auerbach	1590. 1650.
Reichsschatz S. 17	101.00	99.90	Köthelmann	945. 980.
Reichsschatz S. 18	101.00	99.90	Kronprinz Metall.	505. 515.
Reichsschatz S. 19	101.00	99.90	Lahn- u. Co.	505. 515.
Reichsschatz S. 20	101.00	99.90	Laudenhammer	849. 885.
Reichsschatz S. 21	101.00	99.90	Lindes Eisenwerk	949. 985.
Reichsschatz S. 22	101.00	99.90	Ludw. Loew u. Co.	1500. 1560.
Reichsschatz S. 23	101.00	99.90	Mannesm. Röhren	1825. 1990.
Reichsschatz S. 24	101.00	99.90	Oberschles. Eisenb.	1190. 1215.
Reichsschatz S. 25	101.00	99.90	Ele. Ind.	1090. 1160.
Reichsschatz S. 26	101.00	99.90	Koksw.	1925. 1940.
Reichsschatz S. 27	101.00	99.90	Oranstein u. Koppel	1520. 1580.
Reichsschatz S. 28	101.00	99.90	Phos.-Bdg. u. Hütte	3000. 3050.
Reichsschatz S. 29	101.00	99.90	Porzellanfab. Kahl.	2050. 2080.
Reichsschatz S. 30	101.00	99.90	Roth. Zuckerfabr.	1325. 1500.
Reichsschatz S. 31	101.00	99.90	Rhein-Nass. Bergw.	2530. 2595.
Reichsschatz S. 32	101.00	99.90	Rein. Eisenwerk	2530. 2595.
Reichsschatz S. 33	101.00	99.90	Reichsb. Montan	2785. 2825.
Reichsschatz S. 34	101.00	99.90	Reichsb. Hütten	1300. 1348.
Reichsschatz S. 35	101.00	99.90	Rhein. Metall-W.F.	570. 582.
Reichsschatz S. 36	101.00	99.90	Sachsenwerk	875. 990.
Reichsschatz S. 37	101.00	99.90	Schneidm. Elektr.	1150. 1185.
Reichsschatz S. 38	101.00	99.90	Siemens u. Halske	1180. 1250.
Reichsschatz S. 39	101.00	99.90	Süd. Eisenb.-Ges.	280. 299.
Reichsschatz S. 40	101.00	99.90	Verein. Glasst.-F.	3765. 3350.
Reichsschatz S. 41	101.00	99.90	Verein. Papierfabr.	1000. 1048.
Reichsschatz S. 42	101.00	99.90	Verein. Glas-Rottw.	1020. 1050.
Reichsschatz S. 43	101.00	99.90	Weller-ter-Meer	800. 850.
Reichsschatz S. 44	101.00	99.90	Westeregeln	2450. 2500.
Reichsschatz S. 45	101.00	99.90	Wollstoff-Waldhof	890. 900.
Reichsschatz S. 46	101.00	99.90	Hamb.-Amer. P.-F.	695. 700.
Reichsschatz S. 47	101.00	99.90	Hannoversch. P.-F.	644. 640.
Reichsschatz S. 48	101.00	99.90	Korddeutsch. Lloyd	810. 810.
Reichsschatz S. 49	101.00	99.90	Schwarz-Elbe	525. 530.
Reichsschatz S. 50	101.00	99.90	Türk. Tabakregie	2700. 2900.
Reichsschatz S. 51	101.00	99.90	Öl-Möbel	2700. 2900.

Bank-Aktien.	In %	In	22. Aug.	23. Aug.
Berlin Handelsk.	140.00	1450.		
Com.-u. Dis.-Bank	310.00	320.		
Darmstädter Bank	308.00	318.		
Deutsche Bank	610.00	660.		
Dis.-u. Commandit	460.00	508.		
Dresdner Bank	348.00	430.		
Mittel. Creditbank	300.00	315.		
Nat.-B. f. Deutschl.	310.00	320.		
Oest. Kredit-Anst.	320.00	380.		
Reichsbank	228.00	250.50		
Indust.-Aktien	1840.	1905.		
Alb.-Ch. Werke	609.50	620.		
Adl.-Fahradwerke	1375.	1405.		
Angsb. u. Nark	845.	842.		
Alf. Elektr.-Ges.	725.	760.		
Bergmann. Elektr.	1140.	1240.		
Bad. Anilin u. Soda	2475.	2500.		
Bismarck-Hütte	745.	760.		
Bochumer Gußstahl	1580.	1580.		
Brandenburg. Gußst.	658.	658.		
Bader. Eisenwerk	2450.	2490.		
Deut.-Laz. Bergw.	500.	2670.		
Deutsche Kalkwerke	2500.	2580.		
Donnersmark-H.	720.	760.		
Dürkopp-Beckh.	2700.	2900.		

S. Berlin, 23. Aug. Unter dem Eindruck der sich in erschreckender Weise fortsetzenden Entwertung der Markwährung, die sich am deutlichsten in der sprunghaften

steigenden Bewegung der ausländischen Devisenpreise, besonders des Dollars, widerspiegelt, der bis 1440 bezahlt wurde, nahm die Aufwärtsbewegung der Kurse aller Papiere an der Börse ihren Fortgang. Mit größerem Recht läßt sich an diesen Verhältnissen das bei ähnlichem Anlaß im Herbst 1921 geprägte Wort der katastrophalen Hausse auf die jetzigen Zustände an der Börse anwenden. Die Kaufaufträge vom Auslande sind heute zwar geringer, aber die vom Publikum desto größer, so daß im Groß- und Kassaverkehr sich neue Kurssteigerungen ergaben. Diese betragen für Montanwerte, die wegen günstiger Dividendenhoffnungen unverändert im Mittelpunkt des Interesses stehen, bis 100 Proz., für Hohenlohe und Lotharinger Hütte 150 bis 175 Proz., Rhein. Braunkohlen und Laurahütte 260 Proz. Auf den übrigen Märkten hielten sie sich unter diesen Stützen, so daß nur einige Papiere, wie Basalt und Eisenbahnverkehrsmittel, im Großverkehr mit über 100 Proz. hinausgehenden Kurserhöhungen zu erwähnen sind. Von Valutapapieren stellten sich Auslandsrenten mehrere 100 Proz. höher, so Ungar. Gold 300, Türkenlose 2200 M., Mexikaner 700 bis 2000 Proz. Von Valutaktien stiegen Olavi 410 Proz., Baltimore, Ohio und Kanada je 500 Proz. Auch heimische Renten lagen fest, besonders 3 1/2 Proz. und 4 Proz. alte Reichsanleihe. Der Einheitskursindustriemarkt bot das gleiche Bild starker Kurssteigerungen bei erheblich verspäteter Kursfestsetzung wie gestern. Vorübergehend trat infolge von Realisationen der Börsenspekulation, die aus Sorge um Geldbeschaffung nicht so intensiv an der Hausse beteiligt war, eine Abschwächung ein, die sehr bald wieder überwunden war.

Frankfurter Börse.

Kurse vom 23. August 1922.

Stadtanleihen u. Obligationen.	22. Aug.	23. Aug.	22. Aug.	23. Aug.
Wiesb. St.-A. 1900	85.00	85.00	Chem. Fabr. Goldb.	1400.
Wiesb. St.-A. 1910	85.00	85.00	Gold- u. Silber-Sch. A.	1505.
Wiesb. St.-A. 1920	85.00	85.00	Fabr. u. Schleier	495.
Frankf. St.-A. 1900	102.00	102.00	Fabr. F. Kienast	710.
Frankf. St.-A. 1910	85.00	85.00	Farb. Mühlstein	730.
Frankf. St.-A. 1920	85.00	85.00	Polst. Seidellerei	650.
Frankf. St.-A. 1930	85.00	85.00	Flaschbr. Felds.	1070.
Frankf. St.-A. 1940	85.00	85.00	Frankfurter Hof	2300.
Frankf. St.-A. 1950	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 1960	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 1970	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 1980	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 1990	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2000	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2010	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2020	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2030	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2040	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2050	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2060	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2070	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2080	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2090	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2100	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2110	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2120	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2130	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2140	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2150	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2160	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2170	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2180	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2190	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2200	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2210	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2220	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2230	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2240	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2250	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2260	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2270	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2280	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2290	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2300	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2310	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2320	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2330	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2340	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2350	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2360	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2370	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2380	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2390	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2400	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2410	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2420	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2430	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2440	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2450	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2460	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2470	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2480	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2490	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2500	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2510	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2520	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2530	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2540	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2550	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2560	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2570	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2580	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2590	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2600	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2610	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2620	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2630	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2640	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2650	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2660	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2670	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2680	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2690	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2700	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2710	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2720	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2730	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2740	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2750	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2760	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2770	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2780	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2790	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2800	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2810	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2820	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710.
Frankf. St.-A. 2830	85.00	85.00	Frankf. Allg. Vers.	710

PROSPEKT.

Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A.-G. in Wiesbaden.

Nom. M. 4 900 000.— neue Aktien

4900 Stück Nr. 21601 bis 26 500 zu je M. 1000.—

Die Gesellschaft für Linde's Eismaschinen Aktien-Gesellschaft in Wiesbaden wurde im Jahre 1879 errichtet. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wiesbaden; in München, Nürnberg, Dresden, Leipzig und Sürth bestehen Zweigniederlassungen.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Nutzbarmachung der Linde'schen Patente auf Kälteerzeugungs- und Eismaschinen, sowie die eventuelle Erwerbung und Nutzbarmachung neuer Patente;
- die Errichtung von Kälteerzeugungsanlagen und Eisfabriken für eigene und fremde Rechnung;
- Beteiligung an Unternehmungen, welche mit obigen Zwecken in Zusammenhang stehen.

Das Grundkapital betrug bisher M. 20 000 000.—, eingeteilt in 19 600 Stück gleichberechtigte Stammaktien zu je M. 1000.—, Nr. 1 bis 15 600 und 17 601 bis 21 600, und 2000 Stück auf den Namen ausstellte Vorzugsaktien zu je M. 200.—, Nr. 15 601 bis 17 600.

Durch die Generalversammlung vom 20. Oktober 1921 wurde beschlossen, zur Verstärkung der Betriebsmittel das Grundkapital von M. 20 000 000.— auf M. 25 000 000.— zu erhöhen, durch Ausgabe von 4900 Stück Stammaktien über je M. 1000.— mit Dividenden-Berechtigung vom 1. Juli 1921 ab und von 500 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien über je M. 200.—, die zur mit Zustimmung des Aufsichtsrates und der Generalversammlung übertragen werden dürfen, mit nachzahlbarer Vorzugsdividende von 6% ab 1. Juli 1921 vollständig gleichberechtigt mit den schon bestehenden Vorzugsaktien. Dem Vorzugsaktienkapital von M. 500 000.— steht ein fünfundzwanzigfaches Stimmrecht zu.

Die M. 4 900 000.— neuen Stammaktien wurden zu 125% an ein, unter Führung der C. Schlesinger-Trier & Co. Commanditgesellschaft auf Aktien stehendes Bankkonsortium begeben, mit der Verpflichtung, sie zum Kurse von 130% den alten Aktionären derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je 4 alte Aktien eine neue Aktie entfiel.

Das erzielte Agio, abzüglich der Kosten, wurde mit M. 731 270.— der gesetzlichen Rücklage zugeführt.

Die M. 100 000.— Vorzugsaktien wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrates und Vorstandes zum Nennwert überlassen.

Das volleingezahlte Grundkapital beträgt nunmehr M. 25 000 000.—, eingeteilt in 24 500 Stammaktien Nr. 1 bis 15 600 und 17 601 bis 26 500, jede im Nennwerte von M. 1000.—, welche mit der faksimilierten Unterschrift des Vorstandes, sowie eines Mitgliedes des Aufsichtsrates versehen sind, und 2500 Stück auf den Namen ausstellte Vorzugsaktien über je M. 200.—, Nr. 15 601 bis 17 600 und 26 501 bis 27 000. Vor dem 1. Januar 1930 können die Vorzugsaktien nur durch einstimmigen Beschluß der Generalversammlung in solche umgewandelt werden, die auf den Inhaber lauten.

Den Vorstand bilden zurzeit die Herren:
Friedrich Schipper in Wiesbaden und
Dr. Friedrich Linde in München
als ordentliche Vorstandsmitglieder und
Ernst Volland in Sürth
als Stellvertreter.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5 Mitgliedern, zurzeit aus den Herren:

- Geheimer Rat Dr. Carl von Linde, Professor, München, Vorsitzender,
Dr. Otto Jung, Kommerzienrat, Direktor der Mainzer Aktien-Brauerei, Mainz, stellvertr. Vors.,
Richard Buz, Kommerzienrat, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Augsburg,
Dr. jur. Max Oechelhaeuser, Rechtsanwalt, Berlin,
Dr. ing. Theodor Plieninger, Generaldirektor der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M.,
Georg Probst, Kommerzienrat, Direktor des Bürgerlichen Brauhauses, München,
Heinrich Sedlmayr, Mitinhaber der Brauerei zum Spaten, München.

Der Aufsichtsrat bezieht neben Ersatz seiner Auslagen eine Tantieme von 6% des Reingewinnes, mindestens aber M. 25 000.—, über deren Verteilung er unter sich beschließt. Die Tantiemesteuer wird von der Gesellschaft getragen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen rechtskräftig im „Deutschen Reichsanzeiger“. Die Gesellschaft verpflichtet sich jedoch, alle, die Aktien betreffenden Bekanntmachungen außerdem noch in zwei weiteren Berliner Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Die Generalversammlungen finden in Wiesbaden oder an einem anderen vom Aufsichtsrat bestimmten Orte Deutschlands statt. Jede Aktie über M. 1000.— gewährt eine Stimme, jede Vorzugsaktie über M. 200.— fünf Stimmen, so daß gegenwärtig den 24 500 Stimmen der M. 24 500 000.— Stammaktien 12 500 Stimmen der M. 500 000.— Vorzugsaktien gegenüberstehen.

Ueber die Verwendung des Reingewinnes beschließt laut Statut die Generalversammlung.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Berlin dauernd eine Stelle einzurichten und bekanntzugeben, bei welcher kostenfrei neue Gewinnanteilsbogen erhoben, fällige Gewinnanteile eingelöst und Bezugsrechte ausgeübt, Aktien zur Teilnahme an den Generalversammlungen hinterlegt, sowie alle sonstigen, von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktionärskunden betreffenden Maßnahmen bewirkt werden können.

Die Dividende betrug 1918 12% auf M. 15 600 000.—, 1919 12% auf M. 12 000 000.—, Aktienkapital, 1920 20% auf M. 15 600 000.—, Inhaber-Aktien und 6% auf M. 400 000.— Vorzugsaktien.

1921 25% auf M. 19 600 000.— Inhaberaktien für ein ganzes Jahr und auf M. 4 900 000.— für ein halbes Jahr, sowie 6% auf M. 400 000.— Vorzugsaktien für ein ganzes Jahr und auf M. 100 000.— für ein halbes Jahr.

Die Dividende ist zurzeit, außer bei der Gesellschaftskasse, bei

C. Schlesinger-Trier & Co., Commanditgesellschaft auf Aktien in Berlin, der Darmstädter und Nationalbank, Kom-

manditgesellschaft auf Aktien in Berlin und deren sämtlichen Niederlassungen, der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G. in Augsburg, der Deutschen Bank, Filiale München und Wiesbaden,

zahlbar.

Die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1921 lauten wie folgt:

Jahres-Abschluß 1921.

Bestände.

Grundstücke und Gebäude, Wiesbaden und München	Mk. 521 593
Werk Hölriegelskreuth	644 348 47
Maschinenfabrik Sürth	3 088 688 81
Eiswerke	3 724 584
Sauerstoffwerke	7 828 189 56
Fabrikations- und Betriebsmaterialien	6 340 017 45
Halbfabrikate	9 772 53 39
Fertigfabrikate	3 265 459 36
Stahlflaschen	5 365 859 31
Möbel	6
Werkzeug und Geräte	6
Patente	286 860 35
Barbestand	34 263 713 77
Bankguthaben	56 721 845 90
Auflösungsgegenstände	2 000
Hypotheken	3 705 332 28
Wertpapiere und Beteiligungen	100 923 70
Wechsel	269 250
Bürgschaftsschulden	

Mk. 136 104 221 65

*) darunter ca. Mk. 30 000 000.— Forderungen an Tochter- und nahestehende Gesellschaften.

Verpflichtungen.

Grundkapital	Mk. 25 000 000
Anleihe 4%	1 215 000
Anleihe-Zinsen	2 499 000
5%	44 672 25
Dividenden	88 190
Verloste Anleihen	126 720
Gesetzliche Rücklage	3 125 528 15
Sonder-Rücklage	1 550 000
Beamtenpensionsfonds	2 821 311 23
Hypotheken	1 664 251 78
Werkerhaltungskonto	13 980 358
Glaubiger	73 077 693 09
Satzungsmaßige Tantiemen	766 542
Bürgschaftsgläubiger	269 250
Gewinn	9 875 705 15

der wie folgt verteilt wurde:

Gewinn Mk. 10 642 247,15

/. Aufsichtsrats-Tantiemen 766 542,—

Mk. 9 875 705,15

Mk.

Dividende von 25% auf M. 19 600 000

Inh.-Aktien für ein ganzes Jahr 4 900 000,—

Dividende von 25% auf M. 4 900 000

Inh.-Aktien für ein halbes Jahr 612 500,—

Dividende von 6% auf M. 400 000,—

Vorzugsaktien f. ein ganzes Jahr 24 000,—

Dividende von 6% auf M. 100 000,—

Vorzugsaktien f. ein halbes Jahr 3 000,—

Zuweisung an den Beamtenpensionsfonds 2 000 000,—

Zuweisung an die Unterst.-Vereine Hölriegelskreuth und Sürth 1 000 000,—

Zuweisung an die Sonderrücklage 450 000,—

Vortrag auf neue Rechnung 886 205 15

9 875 705,15

Mk. 136 104 221 65

*) darunter Warenschulden ca. Mk. 31 000 000,—
Anzahlungen „ „ 35 000 000,—
Rest Rückstellung für Abgaben.

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.

An Betriebskosten*)	Mk. 25 415 039 93
„ Abschreibungen	3 846 609 50
„ Werkerhaltungs-Konto	8 530 000
„ satzungsmäßige Tantiemen	766 542
„ Gewinn	9 875 705 15
	Mk. 48 433 946 58

*) darunter laufende Steuern Mk. 6 500 000.

Haben.

Per Vortrag aus 1920	Mk. 458 218 95
„ Liefergewinn u. Patentprämien**)	27 119 756 06
„ Ertrag aus Beteiligungen	685 90 29
„ Zinsen und Kursdifferenzen***)	3 354 134 57
„ Ertrag aus Eis- und Sauerstoffwerken usw.	16 815 934 71
	Mk. 48 433 946 58

**) Patentprämien Mk. 525 000.—

**) Kursdifferenzen (Valutagewinn) ca. Mk. 2 900 000.—

Die Gesellschaft hat in Wiesbaden, München, Hölriegelskreuth, Dresden, Leipzig, Nürnberg, Altona, Bielefeld, Borsigwalde, Erfurt, Hainholz, Herrenhausen, Magdeburg, Mülheim-Ruhr, Reisholz, Untermaubach und Wilhelmsburg Grundbesitz in der Größe von ca. 177 000 qm, wovon ca. 38 000 qm durchgängig massiv bebaut sind. Es befinden sich darauf 4 Eis- und 15 Sauerstoffwerke, 2 Acetylen-Dissolv-Anlagen und eine Reihe von Werkstätten, Büro- und Beamtengebäuden. Mit den maschinellen Einrichtungen können 300 000 Kilo Eis in 24 Stunden, ca. 21 0 cbm Sauerstoff und 80 cbm Stickstoff pro Stunde hergestellt und ca. 16 000 qm Lageräume gekühlt werden.

Ferner besitzt die Gesellschaft in Sürth bei Köln a. R. eine modern eingerichtete Maschinenfabrik unter dem Namen: Maschinenfabrik Sürth, Zweigniederlassung der Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A.-G.. Die zu diesem Werk gehörigen Grundstücke umfassen ca. 99 000 qm, von denen ca. 17 000 qm bebaut sind. Die Hallenbauten beanspruchen von diesen Grundstücken ca. 12 500 qm, während die restliche bebaut Fläche das Verwaltungsgebäude sowie Wohnhäuser und Stallungen trägt.

Die Gesellschaft beschäftigt sich zurzeit in Abteilung A mit der Errichtung von Kälteerzeugungsanlagen und Eis-

fabriken für fremde und eigene Rechnung, sowie dem Betrieb solcher Anlagen.

In Abteilung B mit der Herstellung und dem Vertrieb von Anlagen zur Gewinnung von Sauerstoff, Stickstoff und Wasserstoff, sowie der Fabrikation und dem Verkauf von Sauerstoff, Stickstoff, Wasserstoff und gelöstem Acetylen.

In Abteilung C (Sürth) mit dem Bau von Kompressoren, Kältemaschinen, Kohlensäuregewinnungs- u. Verflüssigungsanlagen, Elektrolyseuren, Armaturen, Stahlflaschenventilen, Preßluftanlagen und Werkzeugen, ferner mit der Reparatur von Lokomotiven.

In sämtlichen Betrieben sind zurzeit durchschnittlich 483 Beamte und 1452 Arbeiter beschäftigt.

Die Gesellschaft gehört folgenden Verbänden an, welche die Durchführung von Maßnahmen und Sicherung gesunder Absatzverhältnisse, sowie Förderung von sonstigen wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder bezwecken und auf unbestimmte Zeit laufen, bei halbjährlicher Kündigung:

Inlandsverband für Kältemaschinen, Charlottenburg, Ausfuhrverband für Kältemaschinen, Charlottenburg, Kompressoren-Ausfuhrverband, Charlottenburg.

Die Gesellschaft besitzt 28 inländische und 55 aus-

